

L-01 Schule fürs Leben - Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 25.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag zum Thema Bildung

- 1 Schule fürs Leben -
2 Bessere Schulen, mehr Qualität und gerechtere Bildungschancen für die Kinder dieser Stadt
- 3 Bildung ist der Schlüssel zum Leben. Das beginnt mit der Sprache, der Möglichkeit sich
4 auszudrücken. Das gilt für den Umgang mit Stift und Papier, für Lesen und Schreiben und die
5 Grundrechenarten. Unser Verständnis von Bildung ist aber viel breiter. Schule soll Kinder
6 und Jugendliche auf ein Leben in dieser Welt vorbereiten. Das heißt, die Gesellschaft zu
7 verstehen, sich darin zurechtzufinden. Das heißt, den eigenen Weg in der Gesellschaft zu
8 machen, Möglichkeiten nutzen zu können und selbst in der Lage zu sein, die Gesellschaft
9 mitzugestalten. Deshalb muss Schule zwei Dinge leisten: Zum einen soll sie allen
10 Schüler*innen durch qualitativ hochwertigen Unterricht und gute Ganztagskonzepte die nötigen
11 Kenntnisse und Kompetenzen mitgeben, um gut auf das Leben nach der Schule vorbereitet zu
12 sein. Zum anderen soll sie als Abbild und Teil unserer Gesellschaft Kinder zu mündigen
13 Bürger*innen heranwachsen lassen, die aktiv und inklusiv unsere Demokratie und Gesellschaft
14 mitgestalten. Dazu müssen Schulen die Möglichkeiten und Ressourcen haben – aber auch die
15 Haltung entwickeln – jedes Kind individuell zu betrachten, vom Kind aus zu denken, Kinder
16 dort abzuholen, wo sie stehen und so ihren Teil dazu beitragen, Chancengerechtigkeit für
17 alle zu schaffen. Wir wollen eine Schule nach dem Grundsatz: Es ist egal, aus welchem
18 Elternhaus Du kommst, es stehen Dir alle Wege in unsere Gesellschaft offen.
- 19 Um mehr Chancengerechtigkeit zu gewährleisten, muss Schule sich so verändern, dass Qualität
20 für alle Schüler*innen gesichert wird. Wir wollen nicht länger hinnehmen, dass Kinder nicht
21 richtig lesen und schreiben, nicht richtig rechnen können, wir wollen nicht hinnehmen, dass
22 in Berlin immer noch rund 10 Prozent aller Schüler*innen die Schule ohne Abschluss verlassen
23 und es in einzelnen Schulen sogar mehr als 20 Prozent sind.
- 24 Chancengerechtigkeit und die Arbeit gegen Spaltungen in der Gesellschaft ist ein
25 Grundanliegen grüner Politik und zieht sich durch alle Politikfelder. Wir wollen keine
26 Reichen- und Armenviertel, keine Ausgrenzung nach (zugeschriebener) Herkunft oder Religion,
27 keine Benachteiligung von Kindern, weil sie in so genannte bildungsferne oder bildungsnahe
28 Familien geboren werden. Das zu erreichen geht nur mit einem breiten Ansatz, der viele
29 Politikfelder einbezieht. Gerade in Zeiten, in denen Spaltung das Mittel der Wahl von
30 Rechtspopulisten ist, arbeiten wir für gegenseitigen Austausch und Verständnis über die
31 verschiedenen Grenzen der Gesellschaft hinweg. Uns ist bewusst, dass die Bildungspolitik
32 dabei nur ein Baustein sein kann – für uns aber ein zentraler. In Artikel 1 des Berliner
33 Schulgesetzes heißt es: „Ziel muss die Heranbildung von Persönlichkeiten sein, welche fähig
34 sind, der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft
35 strebenden politischen Lehren entschieden entgegenzutreten sowie das staatliche und
36 gesellschaftliche Leben auf der Grundlage der Demokratie, des Friedens, der Freiheit, der
37 Menschenwürde, der Gleichstellung der Geschlechter und im Einklang mit Natur und Umwelt zu
38 gestalten.“ Wir nehmen dieses Ziel ernst und arbeiten daran, die Voraussetzungen zu
39 schaffen, dass dies in unseren Schulen gelebt werden kann.

40 Die Gemeinschaftsschule ist die Schulform, in der unsere Vorstellungen von guter
41 Bildungspolitik am besten verwirklicht werden können. Es sind die Länder mit nicht
42 gegliederten Schulsystemen, die die besten Ergebnisse bei internationalen Vergleichsstudien
43 erzielen. Ein nicht gegliedertes Schulsystem führt also offensichtlich zu mehr
44 Chancengerechtigkeit und mehr Qualität. Die Gemeinschaftsschule gibt die Möglichkeit, vom
45 Kind aus zu denken, jedes Kind nach den eigenen Stärken und Schwächen zu fördern und zu dem
46 Abschluss zu führen, der für das Kind der passendste ist. Gleichzeitig ist die
47 Gemeinschaftsschule die Schulform, die am besten die Gesellschaft als Ganzes abbildet,
48 Bildungsgerechtigkeit und Durchlässigkeit ermöglicht, egal woher Kinder kommen. Die
49 Gemeinschaftsschule sorgt dafür, dass sich Kinder aus unterschiedlichen sozio-kulturellen
50 Hintergründen begegnen, kennen und schätzen lernen.

51 Wir bekennen uns zur UN-Behindertenrechtskonvention und denken „Inklusion“ gleichzeitig viel
52 breiter. Es geht für uns nicht nur um die Idee, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf
53 an Regelschulen zu unterrichten – Inklusion bedeutet für uns vielmehr jedes Kind so zu
54 nehmen, wie es ist, unabhängig von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion,
55 „Hautfarbe“, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem
56 Hintergrund, Alter oder Behinderung. Es geht darum, Schule zu einem Ort zu machen, an dem
57 Gesellschaft zusammenkommt. Unser Ziel sind inklusive Schulen in einer inklusiven
58 Gesellschaft. Beides bedingt sich gegenseitig. Ein gegliedertes Schulsystem erschwert dieses
59 Ziel. Darum arbeiten wir daran, die damit verbundene soziale Segregation zu überwinden. Wir
60 setzen uns deshalb dafür ein, unser Ziel, die „eine Schule für alle“, zu erreichen – also
61 langes gemeinsames Lernen in vielfältigen Gemeinschaftsschulen. Dabei ist uns bewusst, dass
62 dies nur gelingen kann, wenn wir unsere Politik darauf ausrichten und uns gemeinsam mit
63 Schulen und Eltern auf diesen Weg machen.

64 Um für die Bildung unserer Kinder das Beste zu erreichen, dürfen wir Schule nicht isoliert
65 betrachten. Wir wollen Schulen in ihrem Kiez gestalten und breite Beteiligung beispielsweise
66 bei Neubauten von Schulen ermöglichen. Wir wollen die Räumlichkeiten für Vereine und
67 Initiativen öffnen und Kooperationen mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie
68 mit Familienzentren stärken, die Mensa zum Treffpunkt auch für ältere Menschen machen und
69 Kooperationen mit Unternehmen oder Künstler*innen fördern.

70 Und: Gute Schule funktioniert nicht ohne enge Zusammenarbeit mit den Eltern. Eltern sind von
71 Anbeginn an der wichtigste Schlüssel für ein gelingendes Aufwachsen von Kindern und
72 wesentlich an der erfolgreichen Bildung ihrer Kinder beteiligt. Sie sind idealerweise
73 beteiligt, arbeiten eng an der Gestaltung der Schule mit, unterstützen bei Schulfeiern,
74 machen sich Gedanken über die Weiterentwicklung der Schule, bringen sich bei Elternabenden
75 ein. Nicht immer können wir das erwarten. Gerade dann ist es wichtig, dass Schulen durch
76 eine begleitende Familienarbeit geholfen wird, aktive Elternarbeit machen zu können, um
77 nicht nur das Kind, sondern im Zweifel die Familie dort abzuholen, wo sie ist.

78 Um unserer Vorstellung von guter Bildung näher zu kommen, müssen wir in der Realität
79 ansetzen. Das Berliner Schulsystem kämpft mit einem dramatischen Mangel an Lehrkräften,
80 viele Gebäude sind marode, von Chancengerechtigkeit kann für viele Kinder und Jugendliche
81 keine Rede sein. Wir haben unser Ideal guter Bildung vor Augen, wissen aber, dass es vieler
82 kleiner Schritte bedarf, um Dinge zu verbessern. Der Weg zu konkreten Maßnahmen beginnt mit
83 dem Betrachten der realen Situation in den Schulen Berlins.

84 Berliner Schulen im permanenten Ausnahmezustand

85 In Berlin leisten Tausende von Lehrer*innen tagtäglich einen großartigen Job. Sie arbeiten
86 voller Leidenschaft, Empathie und Fürsorge für die Kinder und Jugendlichen in dieser Stadt
87 und leisten damit einen unschätzbaren Beitrag sowohl zum gesellschaftlichen Zusammenhalt als

88 auch für die Startchancen ins Leben der einzelnen Schüler*innen. Doch wer in Berlin
89 Lehrer*in ist, sieht sich jeden Tag einer Vielzahl von Widerständen ausgesetzt.

90 Das zentrale Problem der Berliner Schule ist seine Leistungsschwäche auf allen Ebenen. Seit
91 Beginn der internationalen und nationalen Vergleiche von Schülerleistungen ist deutlich
92 geworden, dass Berliner Kinder und Jugendliche in allen Schulformen schlechter abschneiden.
93 Besonders gravierend ist, dass Kinder und Jugendliche mit so genanntem Migrationshintergrund
94 seit Jahrzehnten schlechtere Ergebnisse und Abschlüsse haben. Die neuesten Ergebnisse der
95 IQB-Studie sind besonders im Hinblick auf die Schwächsten in Berlin alarmierend: Gerade die
96 Leistungsschwächsten konnten sich in den letzten fünf Jahren nicht verbessern. Deshalb muss
97 sich die Qualitätssicherung in Berlins Schulen verbessern. Dabei gilt es, den richtigen
98 Ausgleich zwischen zentraler Steuerung bzw. „Aufsicht“ sowie einheitlichen Vorgaben
99 einerseits und dezentralen Entscheidungs- und Gestaltungsspielräumen andererseits zu finden.
100 Eine Gesamtstrategie in diesem Sinne zur Qualitätssicherung von Schule gibt es in Berlin
101 bisher nur in Ansätzen.

102 Auch wenn es einen anderen Anschein hat, in Berlin ist in den vergangenen Jahren an
103 Bildungsausgaben im Personalbereich nicht gespart worden. Massiv reduziert wurden die
104 baulichen Mittel und Investitionen. Berlin gibt im Vergleich mit anderen Bundesländern zwar
105 nicht wenig Geld für die Bildung aus. Offensichtlich gibt es aber erhebliche Mängel in der
106 Verteilung der Mittel sowie viel zu späte Einsichten zum Umsteuern. Deshalb haben wir es mit
107 einem dramatischen Lehrkräftemangel zu tun, insbesondere in den so wichtigen Grundschulen.

108 Die jetzige Situation hat sich lange abgezeichnet. Über viele Jahre wurden zu wenige
109 Lehrkräfte an den Universitäten ausgebildet. Berlin wächst und seit Jahren ist klar, dass
110 mehr Kinder in die Schulen kommen werden, dass Lehrkräfte in den Ruhestand gehen. Auch bei
111 Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen herrscht Fachkräftemangel. Die Schulen beteiligen
112 sich bisher zu wenig an der Ausbildung dieser Fachkräfte. Was wir nun brauchen, sind
113 kurzfristige Lösungen, um die Lage in den Schulen zu verbessern. Wir dürfen darüber aber
114 nicht die langfristige Perspektive aus den Augen verlieren. Der akute Ausnahmezustand darf
115 nicht zum Dauerzustand werden.

116 Gleichzeitig sind sehr viele Schulgebäude in beklagenswertem Zustand. Kinder müssen in
117 Containern unterrichtet werden, Toiletten sind unbenutzbar, durch die Fenster zieht es in
118 die Klassenzimmer, von den Decken bröseln der Putz. Guter Unterricht ist unter diesen
119 Bedingungen kaum möglich. Und das ist nur die eine Hälfte des Problems. Berlin wächst, immer
120 mehr Kinder kommen in die Schule. Es ist höchste Zeit, dass wir Geld in die Hand nehmen und
121 die Strukturen so aufstellen, dass bestehende Schulen saniert und neue Schulen zügig gebaut
122 werden können.

123 Auch die Spaltung zwischen und innerhalb von Schulen bereitet uns große Sorge – sowohl
124 innerhalb von Bezirken als auch berlinweit. Von Chancengerechtigkeit kann häufig kaum die
125 Rede sein.

126 Schon in Grundschulen sind die Bedingungen sehr unterschiedlich. Das liegt zum einen am
127 Umfeld der Grundschulen, an den Kiezen und der jeweiligen Wohnbevölkerung. Aber auch daran,
128 dass der Fokus bislang nicht so gelegt wurde, dass die Schulen mit den schwierigsten
129 Bedingungen die besten Ressourcen zur Verfügung haben. Bei den weiterführenden Schulen ist
130 ein regelrechter Kampf unter Eltern um die Plätze an den „guten“ Schulen Berlins entbrannt.
131 Ob bei Gemeinschaftsschulen, Integrierten Sekundarschulen (ISS) oder Gymnasien – es gibt
132 Schulen, die sich ihre Schüler*innen aussuchen können und dies auch über die Zeugnisnote
133 tun. Daneben gibt es Schulen, die Mühe haben, Schüler*innen anzuziehen. An diesen Schulen
134 sammeln sich häufig Kinder, die es schwieriger haben, zum Beispiel weil sie nicht die nötige
135 Unterstützung von zuhause bekommen.

136 Eine zweite Dimension der Spaltung macht uns auch zunehmend Sorgen. In Berlins Schulen nimmt
137 Diskriminierung aufgrund von (zugeschriebenem) Migrationshintergrund, Namen, Religion,
138 „Hautfarbe“, Äußerem, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität, sozio-ökonomischem
139 Hintergrund, Alter oder Behinderung zu. Es geht aber nicht nur um Diskriminierung zwischen
140 Schüler*innen. Auch Lehrkräfte bewerten Schüler*innen unterschiedlich, je nachdem welcher
141 Religion sie angehören, ob sie Mohammad oder Michael heißen oder ob sie mit oder ohne
142 Kopftuch auf der Schulbank sitzen. Gleichzeitig nehmen auch die verbalen und handgreiflichen
143 Attacken gegen Lehrer*innen zu. So machen auch Lehrer*innen viel zu oft
144 Diskriminierungserfahrungen in Berliner Schulen.

145 Diese Spaltungen wollen wir überwinden – sowohl die Spaltung zwischen den Schulen als auch
146 die Spaltungen und Diskriminierungen in den Schulen.

147 Nicht zuletzt sind Berlins Schulen nicht auf die Zukunft vorbereitet. Diese Zukunft ist
148 digital, Berlins Schulen sind es nicht. Das erste, was Schulen brauchen, ist stabiles und
149 schnelles Internet. Alle Schulen müssen WLAN in ihren Gebäuden bekommen. Weiter geht es mit
150 der „Hardware“. Wenn noch nicht mal der Kopierer funktioniert, ist an eine gute Ausstattung
151 mit Computern nicht zu denken, geschweige denn an Geräte, die im Unterricht von den
152 Schüler*innen genutzt werden könnten. Auch das nötige Personal fehlt. Es ist Lehrkräften
153 nicht zuzumuten, auch noch zu Techniker*innen zu werden. Zukunft bedeutet aber auch, dass
154 pädagogische Ansätze überdacht und neu konzipiert werden. Digitalisierung muss Pädagogik
155 folgen, nicht andersherum. Digitalisierung bedeutet auch die Auseinandersetzung mit
156 Datenmanipulation und neuen Machtstrukturen in der Gesellschaft. Kein Tablett ersetzt
157 Erfahrungen im echten Leben. Berlins Schulen zukunftsfest zu machen heißt, Kinder auf die
158 Zukunft vorzubereiten, die sie in der Realität erwartet. Digitalisierung bringt große
159 Chancen, aber auch Risiken mit sich. Wir wollen die Chancen nutzen, ohne die Risiken aus den
160 Augen zu verlieren.

161 Was nun zu tun ist – unser Plan für bessere Bildung in Berlin

162 Es ist viel zu tun, um die Situation an Berlins Schulen zu verbessern. Wir sind uns bewusst,
163 dass wir dabei mehrgleisig fahren müssen. Wir brauchen Akutmaßnahmen für die dringlichsten
164 Probleme und wir brauchen Maßnahmen, die mittelfristig wirken.

165 Gutes Personal für unsere Schulen

166 Berlins Schulen brauchen mehr und gleichzeitig gut ausgebildetes Personal. Kurzfristig, aber
167 auch langfristig. Kurzfristig schlagen wir ein ganzes Maßnahmenpaket vor. Teilweise haben
168 wir mit der Umsetzung bereits begonnen und machen Druck auf die Senatsverwaltung für Bildung
169 über unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Das, was bislang angeschoben wurde,
170 reicht aber nicht aus.

171 Um in allen Fächern schnell mehr gutes Personal anzuwerben, wollen wir alle Fächer zu
172 sogenannten „Mangelfächern“ erklären lassen. Damit öffnen wir alle Fächer für Menschen, die
173 zwar ein bestimmtes Fach studiert haben, aber nicht auf Lehramt. Solche Quereinsteiger*innen
174 sind derzeit zentral dafür, den Schulbetrieb überhaupt aufrecht zu erhalten. Bewerber*innen
175 mit der Qualifikation „Deutsch als Zweitsprache“ oder „Deutsch als Fremdsprache“ haben wir
176 ebenfalls den Weg in den Berliner Schuldienst geebnet. Darüber hinaus wollen wir schneller
177 ausländische Abschlüsse anerkennen. Für nötige Prüfungen dafür wollen wir die Kosten
178 übernehmen. Entsprechende Sprachkenntnisse müssen vor Beginn des Dienstes in der Schule
179 nachgewiesen werden, dies kann aber auch nach der Anerkennung der Qualifikationen erfolgen.
180 Die Möglichkeit, auch mit nur einem Fachgebiet in den Schuldienst einzusteigen, wollen wir
181 stärker bewerben, samt Möglichkeit zur späteren Nachqualifizierung. Wenn Stellen nicht
182 besetzt werden können, wollen wir das Geld direkt den Schulen zur Verfügung stellen, damit

183 vor Ort parallel nach weiteren Lösungen für Engpässe gesucht werden kann – denn wenn Schulen
184 direkt über das Geld verfügen können, haben sie mehr Möglichkeiten, auch kreative Lösungen
185 zu finden: jemand, der beim Kopieren oder als Klausuraufsicht unterstützt, braucht keine
186 pädagogische Ausbildung, entlastet das Lehrpersonal aber dennoch.

187 Wir brauchen Quereinsteiger*innen, um den Unterricht an den Berliner Schulen aufrecht zu
188 erhalten. Quereinsteiger*innen bringen viele Erfahrungen aus dem außerschulischen Leben mit,
189 wovon Schüler*innen profitieren. Gleichzeitig müssen wir vermeiden, dass sich
190 Quereinsteiger*innen an Schulen ballen. Zu häufig unterrichten viele Fachleute ohne
191 pädagogische Ausbildung an den Schulen, an denen die höchste pädagogische Kompetenz gefragt
192 wäre. Es muss deshalb unser Ziel sein, dass insbesondere diese Schulen für Menschen, die ein
193 Lehramtsstudium absolviert haben, attraktiv sind, damit sich hier der Bedarf an
194 Quereinsteiger*innen im Rahmen hält. Bei Neueinstellungen wollen wir erreichen, dass
195 Quereinsteiger*innen zunächst an den Schulen eingestellt werden, an denen es bislang wenige
196 Quereinsteiger*innen gibt.

197 Wir wollen eine weitere Möglichkeit nutzen, qualifiziertes Personal an Berliner Schulen zu
198 bekommen: Wenn sich für ausgewählte Schulen mit besonderem Fachkräftemangel und hohem Anteil
199 von Kindern aus sogenannten bildungsfernen Familien genügend voll qualifizierte Lehrkräfte
200 melden, um die Lehrkräfteausstattung auf 110 Prozent zu steigern, werden diese zusätzlichen
201 zehn Prozent der Schule zur Entlastung des Kollegiums (kleinere Klassen, geringere
202 Stundendeputate) zur Verfügung gestellt.

203 Entlastung wollen wir auch schaffen, indem wir den Aufbau von so genannten
204 „multiprofessionellen Teams“ schneller vorantreiben. Erzieher*innen und Sozialarbeiter*innen
205 sind ohnehin ein großer Gewinn für Schulen und entlasten gleichzeitig Lehrkräfte. Wir setzen
206 uns deshalb für Sozialarbeit an allen Schulen ein. Gleiches gilt z.B. für Techniker*innen
207 und Verwaltungsstellen, die Lehrkräfte von organisatorischen Arbeiten entlasten. Auch hier
208 wollen wir langfristig eine bessere Ausstattung von Schulen ermöglichen. Aber auch alle
209 Professionen mit einem „kindnahen“ Tätigkeitsbereich können hilfreich sein, ebenso
210 Künstler*innen, wenn sie einen Zugang zu Kindern und Jugendlichen haben. Entlastung ist auch
211 möglich, wenn die Auswertung der zentralen Prüfungen und Vergleichsarbeiten nicht von den
212 Lehrer*innen selbst durchgeführt werden müsste. Wichtig ist, dass wir hier keine prekären
213 Jobs schaffen, sondern Arbeitsplätze, die Menschen Perspektiven geben und gleichzeitig zur
214 Entlastung des pädagogischen Personals beitragen. Ebenso sollte geprüft werden, ob die
215 Entwicklung von Beispiel-Curricula auf der Grundlage der neuen Lehrpläne in den Schulen
216 Anklang fände.

217 Der derzeitige Ausnahmezustand darf nicht zum Dauerproblem werden. Darum ist für uns klar:
218 Nicht-pädagogisches Personal, das wir nun einstellen, muss dauerhaft an den Schulen bleiben
219 können. Zusätzlich muss die Ausstattung mit Lehrkräften schnell wieder angehoben werden. Für
220 alle Studierenden, die derzeit an Berliner Hochschulen auf Lehramt studieren oder in den
221 kommenden fünf Jahren ein Lehramtsstudium aufnehmen, wollen wir eine Einstellungsgarantie im
222 Berliner Schulbetrieb geben. Das kann dazu führen, dass in einigen Jahren eine Ausstattung
223 mit Lehrkräften auch deutlich über 100 Prozent eintritt. Sollte dies der Fall sein, wollen
224 wir diese Situation zur Qualitätsverbesserung an Berlins Schulen nutzen, zum Beispiel durch
225 die Einführung von Teamzeiten anstelle der Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften. Arbeit
226 im Team wollen wir generell stärken und uns für eine Kultur des gemeinsamen Arbeitens statt
227 des Einzelkämpfer-Daseins von Lehrer*innen einsetzen – dabei entstehen Synergien und so
228 sparen Lehrkräfte beispielsweise durch gemeinsame Unterrichtsplanung Zeit, die sie an
229 anderer Stelle für die Schüler*innen einsetzen können.

230 Um die Ausbildung auf eine gute fachliche Grundlage zu stellen, wollen wir mit den
231 Hochschulen Berlins in Verhandlungen treten, um den Quereinstiegsmaster noch attraktiver zu
232 machen, zum Beispiel durch die Möglichkeiten, ihn auch in Teilzeit zu absolvieren. Generell
233 ist uns wichtig, dass das Studium verstärkt auch moderne Unterrichtsmethoden aufgreift, die
234 über den klassischen Frontalunterricht hinausgehen. Das gilt zum Beispiel für
235 fächerübergreifendes Lernen oder für das Einbeziehen außerschulischer Lernorte.

236 Sowohl beim Quereinstieg als auch beim regulären Lehramtsstudium wollen wir die Inhalte
237 diversitätssensibler und rassismuskritischer gestalten – damit Lehrer*innen Diskriminierung
238 in Schulen vorbeugen, erkennen und dagegen vorgehen können. Es gilt aber auch, mehr
239 Lehrer*innen einzustellen, die selbst potenziell von Rassismus oder anderer Diskriminierung
240 betroffen sind. People of Color sind beispielsweise noch viel zu selten in unseren
241 Lehrerzimmern vertreten – sie verstärkt durch gezielte Kampagnen anzuwerben, ist nicht nur
242 ein weiterer Weg, unerschlossenes Potenzial zu nutzen, um dem Lehrkräftemangel entgegen zu
243 wirken, sondern würde vor allem auch dazu beitragen, die Vielfalt unserer Gesellschaft auch
244 in den Lehrerkollegien widerzuspiegeln und stellt von Rassismus und Diskriminierung
245 betroffenen Schüler*innen starke Partner*innen an die Seite.

246 Gutes Personal gewinnen wir vor allem durch attraktive Arbeitsbedingungen. Die Bezahlung von
247 Lehrkräften ist im Land Berlin vergleichsweise gut, dies wollen wir aber auch für andere
248 Berufsgruppen in Schulen wie beispielsweise für Erzieher*innen erreichen. Dass angestellte
249 Lehrkräfte gegenüber Beamten insbesondere im Hinblick auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall
250 oder die finanzielle Versorgung im Ruhestand noch deutlich schlechter gestellt sind, lässt
251 sich jedoch nicht leugnen. Wir wollen deshalb prüfen, inwiefern diese finanziellen Nachteile
252 für angestellte Lehrkräfte ausgeglichen werden können.

253 Ob das Land Berlin als Arbeitgeber für Lehrer*innen attraktiv ist, ist jedoch nicht nur eine
254 Frage der Bezahlung. Deshalb wollen wir in den Schulen einladende Arbeitsumgebungen schaffen
255 – das beginnt mit dem Gebäude, geht über angemessene Arbeitsplätze in Lehrerzimmern und
256 endet bei einem guten Mittagessen mit ausreichend Platz und Pausenzeit. Um mehr junge
257 Lehrer*innen nach Berlin zu holen, wollen wir eine Berufseinstiegsphase ermöglichen, in der
258 Lehrer*innen in den ersten Jahren weniger Unterrichtsverpflichtung haben – denn gerade in
259 den ersten Berufsjahren ist der zeitliche Aufwand für Unterrichtsvorbereitung und das
260 Korrigieren von Klausuren und Klassenarbeiten ungleich höher. Außerdem sollen jungen
261 Lehrer*innen gezielte Fortbildungsangebote für Berufseinsteiger*innen sowie
262 Supervisionsangebote zur Verfügung stehen.

263 Schulen sanieren, neue Schulen bauen

264 Der bauliche Zustand vieler Berliner Schulen ist desolat, zugleich steht Berlin vor einem
265 riesigen Wachstum an Schüler*innen und muss innerhalb kürzester Zeit zehntausende neue
266 Schulplätze schaffen. Die bestehenden Schulen zu sanieren, auszubauen und darüber hinaus
267 noch ca. 60 neue Schulstandorte zu etablieren, ist ein Mammutprojekt. Dafür stellen wir in
268 den nächsten zehn Jahren insgesamt 5,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

269 Schule soll ein gesunder, guter Arbeitsplatz sein. Schule im 21. Jahrhundert ist nicht nur
270 ein Ort des Lernens, sondern auch des Lebens. Wir wollen mehr Ganztagschulen ermöglichen –
271 dazu müssen aber auch die Schulgebäude ein geeigneter Ort sein. Ein Ort zum Lernen und
272 Arbeiten, aber auch zum Essen und Ausruhen; ein Ort zur Bewegung, aber auch mit
273 Rückzugsräumen. Die Gebäude müssen auf die Bedürfnisse der Kinder und auf unterschiedliche
274 pädagogische Konzepte zugeschnitten werden und für die Anforderungen kommender Generationen
275 offen sein. Diese räumliche Lernumgebung wird nicht umsonst als „Dritter Pädagoge“
276 bezeichnet.

277 Bei Neubauten bedeutet das, dass wir von Beginn an so planen wollen, dass Platz ist für
278 ganztägigen Schulbetrieb. Die Mensen müssen darauf ausgerichtet sein, täglich für alle
279 Kinder und das Personal ein vor Ort frisch gekochtes, warmes Mittagessen zur Verfügung
280 stellen zu können. Nicht nur die Schüler*innen, auch die Lehrkräfte brauchen bei einem
281 Ganztagesbetrieb mehr Rückzugsraum.

282 Auch wenn der Bedarf an Neubau von Schulen groß ist, wollen wir keine Schulen im Standard-
283 Format von der Stange bauen. Schon die Raumknappheit in der Innenstadt erfordert
284 individuelle Lösungen für jeden Schulstandort und dafür entsprechende Ausschreibungen und
285 Ideenwettbewerbe. Wir suchen die besten, kreativsten Lösungen mit den höchsten ökologischen
286 Standards. Das Gebäude selbst wollen wir so ökologisch wie möglich gestalten – aus gesunden,
287 nachhaltigen Baustoffen, mit Gründach und dezentraler Regenwasserbewirtschaftung, mit
288 Photovoltaik, intelligenter Leittechnik, mit Fassadenbegrünung und Schulgarten. Dabei wollen
289 wir nach Hamburger Vorbild Schulen bauen, die dem gesamten Kiez offen stehen. Nicht nur die
290 Sporthalle und der Schulhof sollen nachmittags und abends für Vereine und Menschen aus der
291 Nachbarschaft offen stehen – wir wollen Möglichkeiten schaffen, dass beispielsweise
292 Stadtteilbibliotheken oder Volkshochschulen die Schulgebäude mitbenutzen, dass Mensen
293 nachmittags als Kiez-Café dienen oder der Schulgarten für Urban Gardening-Projekte genutzt
294 wird. Wir wollen, dass die Menschen, die in der Nachbarschaft einer Schule leben, an ihrer
295 Entwicklung teilhaben und Schulbauten immer mit Beteiligungsverfahren durchgeführt werden.

296 Wir wollen diese Ziele beim Neubau von Schulen berücksichtigen, aber auch bei der Sanierung
297 der Bestandsschulen soweit möglich realisieren. Diese Mammutaufgabe von Schulneubau und
298 Schulsanierung können die Bezirke allein nicht bewältigen. Deshalb haben sich Senat und
299 Bezirke auf eine Aufgabenteilung geeinigt. Das Land übernimmt alle Neubauprojekte und die
300 großen Sanierungsfälle. Die Bezirke sind weiterhin für die mittleren und kleineren
301 Sanierungen sowie den baulichen Unterhalt der Schulen verantwortlich.

302 Bei der Umsetzung werden wir mit der Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE kooperieren. Die
303 Gesellschaft ist erfahren bei der Abwicklung von Bauprojekten, flexibel in der
304 Mittelbewirtschaftung und kann schnell Personal anwerben.

305 Unser Ziel ist es, Schulbau und Schulsanierung aus Haushaltsmitteln zu finanzieren. Wir
306 wollen die HOWOGE als Baudienstleister nutzen. Kreditfinanzierung wollen wir, anders als in
307 bisherigen Modellen vorgesehen, vermeiden. Die Vorteile liegen auf der Hand: Für die
308 öffentliche Hand würden weder Zinsen noch Übertragungskosten fällig werden. Und sowohl die
309 HOWOGE als auch die Bezirke wären in ihrer Finanzplanung um einiges flexibler, als wenn sie
310 sich über viele Jahre durch Erbbaurechte und ein Mieter-Vermieter-Modell gegenseitig
311 verpflichten würden. Da es sich bei Schulbau und -sanierung um ein langjähriges Projekt
312 handelt, sind Haushaltsslage und notwendige Prioritäten aber nicht abschließend
313 vorherzusagen. Sollte der Fall eintreten, dass die Haushaltsmittel nicht vollständig
314 ausreichen, ziehen wir Kreditfinanzierungsmodelle wieder in Betracht. Denn letztlich steht im
315 Zentrum: Es muss saniert und es muss gebaut werden. Wartezeiten können wir uns nicht mehr
316 leisten.

317 Mehr Qualität und mehr Chancengerechtigkeit müssen Hand in Hand gehen

318 Wir wollen, dass alle Kinder bestmögliche Lernbedingungen haben. Das geht am besten in
319 Ganztagschulen und mit einer engen Verzahnung von Schule und Jugendhilfe. Dazu braucht es
320 mehr gutes Personal, bessere Arbeitsbedingungen für pädagogische Fachkräfte, einen besseren
321 Zustand der Gebäude und eine gute sozio-kulturelle Mischung der Kinder in den Schulen. Unser
322 Ziel sind vielfältige Gemeinschaftsschulen, unsere Maßnahmen knüpfen aber direkt am
323 aktuellen Schulsystem an, sodass wir zügig zu Verbesserungen kommen können.

324 Grundschulen – ein guter Start legt den Grundstein einer erfolgreichen Schullaufbahn

325 Für uns sind beim Blick auf die Grundschulen drei Dinge zentral: Kurze Beine, kurze Wege –
326 die Schulen müssen fußläufig für Kinder zu erreichen sein. Gute Qualität in allen Schulen –
327 darum wollen wir besonders in die Grundschulen investieren, die heute von Eltern verstärkt
328 gemieden werden und parallel jeweils individuelle Strategien zur qualitativen
329 Weiterentwicklung mit den Schulen erarbeiten. Zum Beispiel wollen wir Funktionsstellen zur
330 Weiterentwicklung von Schulen und zusätzliche Stellen zur Verwaltung der Schule finanzieren.
331 Vor allem da, wo Grundschulen besonders viele Kinder aus sogenannten bildungsfernen
332 Elternhäusern unterrichten, müssen sich die Lehrkräfte voll und ganz auf den Unterricht
333 konzentrieren können. Drittens wollen wir, dass Kinder aus ganz unterschiedlichen Familien
334 in der Grundschule zusammen kommen. Darum wollen wir bei der Festlegung der
335 Einschulungsbereiche künftig neben den Daten der Bevölkerungsentwicklung auch
336 Sozialstrukturdaten verwenden und Einschulungsbereiche so schneiden, dass die sozio-
337 kulturelle Mischung an den Schulen möglichst ausgeglichen ist. Dabei achten wir darauf, dass
338 Geschwisterkinder durch Änderungen bei den Einschulungsgebieten nicht auf getrennte Schulen
339 gehen müssen. Gerade bei den Grundstufen der Gemeinschaftsschulen wollen wir die soziale
340 Zusammensetzung möglichst ausgewogen gestalten, ohne zu vernachlässigen, dass Grundschulen
341 fußläufig erreichbar sein müssen. Das gilt insbesondere für das Drittel der Schüler*innen,
342 das sich die Schule selbst aussuchen kann.

343 Der Übergang in eine weiterführende Schule

344 Der nächste Schritt in der Schullaufbahn eines Kindes ist der Wechsel auf eine
345 weiterführende Schule – in Berlin entweder ein Gymnasium, eine so genannte „Integrierte
346 Sekundarschule“ (ISS) oder eine Gemeinschaftsschule. Leider wird dieser Übergang in Berlin
347 zunehmend zu einem Nervenkrieg für die Schüler*innen und ihre Eltern, weil der Übergang auf
348 die gewünschte Schule so stark vom Notenschnitt aus der Grundschule abhängig gemacht wird,
349 dass selbst mit einem Schnitt von 1,3 der Übergang auf die Wunschschule nicht mehr sicher
350 ist. An anderen Schulen kommen viele Kinder mit schlechteren Noten zusammen, die häufig aus
351 bildungsferneren Familien kommen. Diese Entwicklung sorgt bei vielen Eltern für Angst und
352 Frust, Kinder werden schon im Grundschulalter unter Druck gesetzt.

353 Diese Situation wollen wir nicht länger hinnehmen. Wir wollen das Elternwahlrecht stärken,
354 indem wir allen Kindern gleichermaßen ermöglichen, eine Wunschschule zu besuchen. Dies ist
355 momentan viel zu häufig nur den Kindern möglich, die einen guten bis sehr guten Notenschnitt
356 haben – und zwar unabhängig von der Schulform, denn nicht nur Gymnasien wählen anhand des
357 Notenschnitts aus, sondern auch die übernachgefragten ISS nutzen diesen Mechanismus häufig.
358 Deshalb wollen wir bei Übernachtfrage an weiterführenden Schulen die Schulen motivieren,
359 neben Geschwisterkindern und Härtefällen sowie Kindern, die in einer Gemeinschaftsschule aus
360 der eigenen Unterstufe kommen, die Aufnahme der Kinder stärker anhand ihres Profils und
361 einer guten sozialen Mischung festzumachen.

362 Weitere 50 Prozent der Plätze sollen dann im Losverfahren vergeben werden – wenn Schulen
363 einen höheren Anteil losen wollen, auch mehr. So stellen wir sicher, dass alle Kinder die
364 gleichen Chancen haben. Wir fordern die Senatsverwaltung auf, die Details eines
365 entsprechenden Konzeptes auszuarbeiten.

366 Gleichzeitig beobachten wir mit Sorge, dass sich die Schulplatzknappheit in den kommenden
367 Jahren aufgrund der Bevölkerungsentwicklung noch verschärfen wird. Um allen Kindern einen
368 Platz an einer guten Schule zu garantieren, ist es entsprechend erforderlich, zwei Dinge zu
369 tun. Zum einen muss sichergestellt werden, dass jede Schule qualitativ hochwertigen
370 Unterricht bietet – Instrumente dazu führen wir weiter unten aus. Zum anderen muss so
371 schnell wie möglich für ausreichende Kapazitäten an allen bestehenden und zukünftigen

372 Schulstandorten gesorgt werden; wir erwarten sowohl vom Senat als auch von den Bezirken,
373 dass sie die Schulentwicklungsplanung entsprechend vorantreiben.

374 Die ohnehin schon unverbindlichen Förderprognosen am Ende der Grundschule wollen wir durch
375 die verpflichtende Schullaufbahnberatung ersetzen, bei der alle möglichen Abschlüsse und
376 Laufbahnen inklusive der beruflichen Bildung vermittelt werden sollen.

377 Weiterführende Schulen

378 Ist der Übergang geschafft, beginnt die Zeit in einer der weiterführenden Schulen. Unsere
379 Berliner Schullandschaft steht auf zwei gleichwertigen Säulen. Die eine Säule besteht aus
380 integrierten Schulformen: das sind Grundschulen, Gemeinschaftsschulen, Integrierte
381 Sekundarschulen und berufliche Schulen. Die andere Säule ist das allgemeinbildende
382 Gymnasium.

383 Wir begrüßen, dass mit der Neufassung des Schulgesetzes die Gemeinschaftsschule als
384 Regelschule festgeschrieben wird – dafür haben wir lange gekämpft. Damit haben alle
385 Schulformen eine rechtlich gesicherte Basis, von der aus wir die Berliner Schulen weiter
386 entwickeln wollen, damit an allen Schulen bessere Qualität möglich wird.

387 Wir sind der Überzeugung: Wenn Schüler*innen länger gemeinsam lernen und der Weg zu allen
388 Bildungsabschlüssen möglichst lange offen gehalten wird, trägt das zu guter individueller
389 Förderung bei. Gemeinschaftsschulen sind deshalb aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen die
390 Schulform der Zukunft. Sie leben den Gedanken des längeren gemeinsamen Lernens am
391 erfolgreichsten. Wir werden Eltern diesen Weg aber weiterhin nicht vorschreiben, sondern
392 setzen darauf, durch positive Anreize, Ermöglichen und Unterstützen neuer und bestehender
393 Gemeinschaftsschulen, mehr Menschen von diesem Konzept zu überzeugen. Gleichzeitig richten
394 wir unsere Politik darauf aus, längeres gemeinsames Lernen für alle Kinder zu erreichen.

395 Wir wollen die bestehenden Gemeinschaftsschulen darin unterstützen, noch besser zu werden
396 und gleichzeitig daran arbeiten, dass noch mehr Gemeinschaftsschulen in Berlin entstehen.
397 Wir wollen, dass alle Gemeinschaftsschulen Wege zu allen Abschlüssen ermöglichen,
398 gegebenenfalls auch durch Kooperationen. Dies gilt auch für ISSen, die bereit sind, sich zu
399 einer Gemeinschaftsschule weiterzuentwickeln. ISSen und Gymnasien wollen wir ermöglichen,
400 sich auch ohne Grundstufe in Gemeinschaftsoberschulen weiterzuentwickeln. Um die
401 Weiterentwicklung von Gemeinschaftsschulen zu fördern, wollen wir in Qualitätsprogramm
402 Gemeinschaftsschule auflegen, damit alle Gemeinschaftsschulen allen Schüler*innen optimale
403 Lernbedingungen bieten können. Der Bedarf an gezielter Unterstützung beginnt mit der
404 Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule, z.B. im Fusionsprozess, aber auch beim Aufbau einer
405 Oberstufe. Hierfür wollen wir finanzielle Mittel und Personal zur Verfügung stellen. Auch
406 die Gemeinschaftsschulen, die mit schwierigen Situationen zu kämpfen haben, wollen wir damit
407 unterstützen. Um die Möglichkeit zu schaffen, noch individueller auf jedes Kind eingehen zu
408 können, wollen wir, dass Schulen auch nach der 8. Klasse von der Bewertung mittels
409 Ziffernnoten abweichen können. Die Sekundarschulverordnung sollte entsprechend verändert
410 werden. Außerdem wollen wir beim Neubau von Schulen darauf achten, dass künftig – wie im
411 Koalitionsvertrag bereits verankert – vor allem Gemeinschaftsschulen geplant werden. Hierauf
412 werden wir bei der Planung in den Bezirken achten.

413 Lehrer*innen an Gymnasien sind häufig hoch motiviert, wollen für die aufgenommenen Kinder
414 das Beste und mehr Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen. Offensichtlich zögern aber
415 noch viele Gymnasien, sich der Aufgabe der Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem
416 Förderbedarf zu öffnen. Das wollen wir ändern. Gymnasien sollen, genau wie ISSen, vier
417 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf pro Klasse aufnehmen, wenn es die entsprechenden
418 Anmeldungen gibt. Der oben beschriebene Übergang von der Grundschule auf weiterführende

419 Schulen wird auch die Schüler*innenschaft auf Gymnasien heterogener machen. Unser Ziel ist,
420 dass die Kinder, die einmal auf dem Gymnasium sind, auch dort zum Abschluss kommen. Das
421 bedeutet einerseits, dass Gymnasien künftig alle Schulabschlüsse nicht nur anbieten, sondern
422 auch fördern sollen. Es ist an der Zeit, deutlich zu machen, dass das Abitur nicht
423 zwangsläufig für alle Schüler*innen der richtige Weg ist. Gleichzeitig wollen wir das
424 Probejahr zu Anfang der Gymnasialzeit und das so genannte „Abschulen“, also die Versetzung
425 von Kindern an eine ISS, abschaffen. Verpflichtendes Sitzenbleiben gibt es schon heute nur
426 noch an Gymnasien. In den anderen Schulformen gibt es die Möglichkeit des „freiwilligen
427 Wiederholens“. So wollen wir das auch an Gymnasien einführen. Einige Gymnasien nehmen Kinder
428 bereits nach der vierten Klasse auf. Unser Ziel hingegen ist das möglichst lange gemeinsame
429 Lernen. Deshalb wollen wir keine weiteren grundständigen Gymnasien. Wir wollen Grundschulen
430 noch besser dabei unterstützen, dass sie auch in Klasse fünf und sechs alle Kinder
431 bestmöglich fördern können, damit alle Kinder dort bleiben.

432 Es ist uns bewusst, dass wir damit auch neue Anforderungen an die Gymnasien stellen. Darum
433 wollen wir die Gymnasien mit steigender Übernahme neuer Aufgaben auch entsprechend besser
434 ausstatten und befähigen.

435 Egal ob Gymnasium, ISS oder Gemeinschaftsschule – es gibt in jeder Schulform Schulen, die
436 sich besonderen Herausforderungen gegenüber sehen. Dies betrifft vor allem Schulen mit einem
437 hohen Anteil von Schüler*innen aus sogenannten bildungsfernen Elternhäusern. Diese wollen
438 wir gezielt unterstützen. Gießkannenartig ausgegossene Bonusprogramme sind dabei aber der
439 falsche Weg. Es gilt vielmehr, jede Schule einzeln anzuschauen und passgenaue Lösungen zu
440 finden. In einer Situation von Lehrer*innen-Mangel wollen wir Personal zunächst da
441 einsetzen, wo der Bedarf besonders groß ist.

442 Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung

443 Eine Besonderheit des Berliner Schulsystems sind die Oberstufenzentren (OSZ), wo die mit
444 Abstand größte Zahl der Jugendlichen unserer Stadt lernt. Ihre Stärke liegt darin, dass sie
445 vier Bildungssegmente unter einem Dach zusammenfassen: Berufsqualifizierung,
446 Berufsausbildung, Studienqualifizierung und Weiterbildung. Wir wollen die OSZs stärken und
447 die berufliche Bildung insbesondere bei Fragen von Abschlüssen, Anschlüssen, Übergängen,
448 Kooperationen und Oberstufen mitdenken – denn hier bieten sie ungenutzte Potenziale für
449 unsere Stadt.

450 Wo Kooperationen zwischen ISS und OSZ bestehen, wollen wir diese stärken und weitere
451 Kooperationen – auch mit Gemeinschaftsschulen – unterstützen. Im Zuge der
452 Schulstrukturreform ist dies nicht ausreichend gefördert worden; ein sträfliches Versäumnis,
453 denn dies ist eine einzigartige Chance, die berufliche Bildung als Teil einer gemeinsamen
454 Bildungslandschaft sichtbarer und einen durchgängig integrierten Schulweg möglich zu machen.
455 Bisher war dies aber auch deshalb schwer durchsetzbar, weil in vielen Familien das Abitur
456 nach wie vor als erstrebenswertester Abschluss zählt. Hier gilt es, die berufliche Bildung
457 gleichwertig neben der Allgemeinbildung zu positionieren. Dafür wollen wir die Familien
458 schon ab den Grundschulen gleichberechtigt über berufliche wie akademische Bildungsgänge
459 informieren und durch eine Kampagne, gegebenenfalls auch in Zusammenarbeit mit der IHK oder
460 anderen Akteuren, die berufliche Bildung attraktiver machen.

461 Gleichzeitig sollen alle Schüler*innen entsprechend ihren Neigungen auch in den
462 allgemeinbildenden Schulen die Möglichkeit bekommen, von den Formen des dualen Lernens, wie
463 beispielsweise des Produktiven Lernens, zu profitieren.

464 Für uns ist entscheidend, dass kein*e Jugendliche*r die Schule ohne Perspektive verlässt.
465 Deshalb wollen wir allen, die ansonsten unversorgt sind, mit Hilfe eines 11. Schuljahres für

466 sie adäquate, anschlussfähige (Aus-)Bildungsangebote machen. Und wir wollen die
467 Oberstufenzentren als Kompetenzzentren für ihr Berufsfeld fachlich weiter stärken, u.a.
468 durch Ausbau der Lernortkooperation mit den Ausbildungsbetrieben oder durch Zusammenarbeit
469 mit Hochschulen und die gemeinsame Entwicklung dualer Studiengänge.

470 Private Schulen in freier Trägerschaft

471 Grüne Bildungspolitik bedeutet, sich zuerst und vor allem für ein starkes öffentliches
472 Bildungsangebot einzusetzen. Wir wollen ein Bildungssystem, in dem eine Vielfalt
473 pädagogischer Konzepte Platz hat – soweit es geht innerhalb des öffentlichen
474 Bildungssystems.

475 Private Schulen in freier Trägerschaft waren immer Vorreiter bei der Erprobung neuer
476 pädagogischer Konzepte. Gleichzeitig leisten sie in Berlin einen wichtigen Beitrag bei der
477 Bereitstellung von Schulplätzen. In Berlin werden ca. 35.000 Schüler*innen an 128 dieser
478 Schulen unterrichtet, das sind ca. 10 Prozent der Schüler*innen. Das Grundgesetz bietet die
479 Möglichkeit, private Schulen zu gründen und setzt gleichzeitig enge Rahmen. Zentral ist
480 dabei das so genannte „Sonderungsverbot“. Trotz dieses Verbots zeigen alle vorliegenden
481 Daten, dass in der Realität tatsächlich vor allem Kinder aus bildungsnahen Familien solche
482 Schulen besuchen. Kinder aus ärmeren, bildungsferneren Familien sind wenig zu finden. Wir
483 wollen mit den privaten Schulen in freier Trägerschaft zusammenarbeiten, um die
484 Heterogenität innerhalb der Schulen künftig zu verbessern. Dazu sollen alle existierenden
485 Schulen ein Konzept vorlegen, wie sie sich für Kinder aus sozial oder finanziell
486 benachteiligten Schichten öffnen wollen. Ein zentraler Aspekt dabei ist zu garantieren, dass
487 Kinder von Menschen, die Transferleistungen empfangen, nicht ausgeschlossen werden. Deren
488 Beiträge wollen wir verpflichtend für alle Schulen auf null reduzieren. Um überprüfen zu
489 können, welche Fortschritte gemacht werden, wollen wir mehr Transparenz schaffen. Alle
490 Schulen sollen künftig beispielsweise anhand des Berlinpasses erheben, wie viele Kinder aus
491 finanziell schwächeren Familien auf ihre Schule gehen. Derzeit wird in der
492 Bildungsverwaltung an einem neuen Modell zur Finanzierung von privaten Schulen in Berlin
493 gearbeitet. Wir wollen, dass die Finanzierung künftig stärker die soziale
494 Verantwortungsübernahme widerspiegelt. Das bedeutet konkret, dass freie Schulen, die mehr
495 Kinder aus ärmeren, bildungsfernen Familien unterrichten, stärker durch die öffentliche Hand
496 gefördert werden. Private Schulen mit einer schlechten, sich nicht verbessernden sozialen
497 Durchmischung, sollen künftig weniger öffentliche Mittel als bisher erhalten.

498 Qualitätssicherung in allen Schulen

499 An allen Schulen ist uns das Thema Qualitätssicherung ein wichtiges Anliegen. Dabei ist uns
500 eine Mischung an Instrumenten wichtig, die nicht nur Abschlüsse und Notendurchschnitte
501 misst, sondern auch die konkrete Situation von Schulen in den Blick nimmt. Ein Gymnasium mit
502 vielen Kindern aus bildungsnahen Familien hat es leichter, gute Abschlusszahlen vorzuweisen,
503 als eine Gemeinschaftsschule, die per Definition eine viel heterogenere Schüler*innenschaft
504 aufweist. Darum setzen wir uns für eine Mischung unterschiedlicher Instrumente ein, zum
505 Beispiel aus Vergleichsarbeiten, ausgefallenen Stunden und Vor-Ort-Besuchen, um die
506 individuelle Situation von Schulen im Detail betrachten zu können. Diese Instrumente wollen
507 wir sowohl in öffentlichen, wie auch in privaten Schulen anwenden.

508 Gleichzeitig ist wichtig, dass jede Schule – auch bei schwierigen Bedingungen –
509 Verantwortung sowohl für „ihre“ Kinder und Jugendlichen als auch für die Sicherung der
510 Qualität ihrer Arbeit als Team hat. Ein Schwerpunkt der Qualitätsentwicklung innerhalb der
511 Schulen sollte darin bestehen, intensiv daran zu arbeiten, ihre Selbstevaluationsfähigkeiten
512 auszubauen und die dazu erforderlichen Haltungen bei den Lehrkräften zu entwickeln. Die

513 bisherige Nutzung der vorhandenen Portale für Lehrer-Schüler-Feedback zum Unterricht ist
514 noch viel zu gering.

515 Die Schule der Zukunft gestalten – Digitalisierung und Nachhaltigkeit in die Schulen bringen

516 Schüler*innen und Schüler wachsen heute in einer wesentlich schnelllebigeren Welt auf als
517 jede Generation zuvor. Lehrer*innen stehen vor der Herausforderung, ihre Schüler*innen auf
518 ein Leben in einer digitalisierten Welt vorzubereiten, in der sich viele von ihnen selbst
519 nicht sicher bewegen können. Es ist deshalb zentral, passende Fort- und
520 Weiterbildungsangebote bereitzustellen und die Menschen in der Lehrerausbildung entsprechend
521 vorzubereiten.

522 Die beste Ausbildung nützt jedoch nichts, wenn die Ausstattung an den Schulen nicht
523 annähernd auf der Höhe der Zeit ist. Wir fordern deshalb, dass alle Schulen ausreichende
524 Ausstattung mit Computern und anderen Endgeräten bekommen und mit aktueller, zukunftsfähiger
525 Infrastruktur wie beispielsweise Breitbandanschluss versorgt werden, die auch zulässt, dass
526 viele Schüler*innen gleichzeitig beispielsweise das WLAN nutzen. Gleichzeitig muss die
527 Hardware verlässlich gewartet werden – IT-Personal an allen Schulen ist dafür unumgänglich.

528 Digitalisierung ist aber nicht nur eine Frage von Computern, WLAN und Smartboards. Es geht
529 darum, Schüler*innen auf das Leben in der digitalisierten Welt vorzubereiten. Dabei gilt es,
530 sowohl Chancen als auch Risiken der Digitalisierung zu sehen. Wie auch in anderen Bereichen
531 ist es das Ziel von Bildung, mündige Bürger*innen zu erziehen. Schüler*innen müssen lernen,
532 wie sie Medien gewinnbringend einsetzen können, aber auch, wie sie beispielsweise
533 Unwahrheiten erkennen oder wie sie reagieren, wenn sie Cyber-Mobbing erleben. Der Einfluss
534 großer Konzerne und der Handel mit Daten sind genauso problematisch wie die Tatsache, dass
535 zu häufiger Medienkonsum zu Konzentrationsschwächen und anderen Verhaltensauffälligkeiten
536 führen kann. Und auch im Hinblick auf die Digitalisierung müssen wir soziale
537 Ungerechtigkeiten im Blick behalten: Schüler*innen aus bildungsfernen Familien werden auch
538 beim digitalen Wissen schnell abgehängt. Nicht alle Familien haben das Geld für mobile
539 Endgeräte, und selbst wenn es Töpfe gibt, aus denen diese dann finanziert werden können, ist
540 das häufig ein Ausschlussmechanismus – denn Eltern wissen häufig nicht, dass sie ihr Kind in
541 einer Laptopklasse anmelden können, obwohl sie das Geld für den Laptop nicht haben. Hier
542 gilt es, Hürden abzubauen; mobile Endgeräte dürfen keine Voraussetzung für den Schulbesuch
543 sein, vielmehr wollen wir Schulen nach und nach damit ausstatten, sodass Schüler*innen sie
544 kostenlos nutzen können.

545 Wir erwarten, dass die Senatsverwaltung die derzeitige Situation beendet, in der jede Schule
546 und jeder Bezirk eigene Lösungen sucht, ohne zu wissen, welchen Anforderungen sie eigentlich
547 gerecht werden müssen. Dazu soll sie einen umfassenden Medien- und
548 Digitalisierungsentwicklungsplan vorlegen und innerhalb der Senatsverwaltung den Bereich
549 Digitalisierung der Schulen personell so ausstatten, dass Schulen dort auch
550 Ansprechpartner*innen sowohl zu inhaltlichen als auch zu technischen Fragen finden.

551 Gerade in Zeiten der allgegenwärtigen Digitalisierung ist es wichtig, dass wir Kindern die
552 Möglichkeit geben, auch Umwelt und Natur greifbar zu erleben und zu erlernen.

553 Neben der Wissensvermittlung in den Schulen sollen deshalb in den kommenden Jahren auch
554 zunehmend außerschulischen Lernorte als Orte zur Umwelt- und Naturbildung sowie für Bildung
555 für Nachhaltige Entwicklung (BNE) entwickelt werden. Berlin bietet hierfür nahezu perfekte
556 Bedingungen. Zahlreiche Akteur*innen, wie etwa die Umwelt- und Naturbildungseinrichtungen,
557 Gartenarbeitsschulen und Waldschulen, sind in diesem Bereich bereits tätig und bieten den
558 Schul- und Kitakindern zahlreiche Möglichkeiten.

559 Wir haben uns in den vergangenen Haushaltsberatungen mit Erfolg dafür eingesetzt, dass die
560 Umwelt- und Naturbildung aber auch BNE in Zukunft ein wichtiger Bestandteil des schulischen,
561 aber auch außerschulischen Unterrichts werden. Es ist uns gelungen, dass Umwelt- und
562 Naturbildungseinrichtungen wie etwa die Freilandlabore Marzahn und Britz mit mehr
563 finanziellen Mitteln unterstützt werden und sie so ihre wichtige Arbeit ausweiten können.
564 Gleiches gilt auch für weitere Initiativen wie etwa den Ernährungsrat, den Verein NAHhaft
565 oder den Imkerverband, die ebenfalls finanziell besser ausgestattet werden. Ein wichtiges
566 Fundament wird schon im nächsten Jahr auch ein Umwelt- und Naturbildungszentrum in jedem
567 Bezirk sein. Die bereits bestehenden Umwelt- und Naturbildungszentren werden finanziell
568 besser gestellt und bestehende Strukturen und Angebote ausgeweitet. Wir wollen, dass jede
569 (Grund-)Schulklasse mindestens einmal im Jahr ein Angebot in den Umwelt- und
570 Naturbildungseinrichtungen wahrnehmen kann.

571 Demokratiebildung und Diversität

572 Demokratiebildung und Diversität sind zwei Seiten derselben Medaille. Schüler*innen, die
573 früh demokratische Strukturen kennen und schätzen lernen, werden auch im späteren Leben für
574 Vielfalt, Meinungsfreiheit und Menschenwürde eintreten.

575 Wir wollen deshalb den Schülervertretungen, den Bezirksschülerausschüssen sowie dem
576 Landesschülerausschuss mehr echte Mitbestimmungsmöglichkeiten geben. Hier lernen
577 Schüler*innen, Selbstwirksamkeit und Verantwortung zu übernehmen. Nur, wenn ihre Beschlüsse
578 auch tatsächlich etwas bewirken und finanziell beispielsweise durch Schulbudgets unterlegt
579 sind, können diese positiven Effekte auch nachhaltig sein und Politikverdrossenheit
580 entgegenwirken. Wir wollen deshalb auch mehr Schulen motivieren, eigene demokratische
581 Mitbestimmungsmöglichkeiten wie beispielsweise Schulparlamente einzuführen.

582 In Berlin gibt es bereits ein aktives Netz für Demokratie- und politische Bildung. Es gilt,
583 diese Angebote bekannter zu machen und Lehrkräften auch den nötigen (zeitlichen) Freiraum zu
584 geben, diese mit ihren Schüler*innen anzunehmen.

585 Das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) gilt auch für die Berliner Schulen. Sie sollten
586 ein Ort sein, wo Kinder und Jugendliche in ihren Fähigkeiten gefördert werden,
587 gleichberechtigt lernen und heranwachsen können. Und das natürlich ungeachtet des
588 (zugeschriebenen) Migrationshintergrundes, des Namens, der Religion, der „Hautfarbe“, des
589 Äußeren, der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität, des sozio-ökonomischen
590 Hintergrundes, des Alters oder einer Behinderung. Schule muss Entfaltungs-, Lernraum, aber
591 auch „Safe Space“ sein.

592 Das LADG wird hier einen sinnvollen Beitrag leisten können, um den Diskriminierungsschutz an
593 Schulen zu stärken. Uns genügt das aber noch nicht. Weitere Maßnahmen wie der Ausbau von
594 Beratungs- und Unterstützungsangeboten oder die Einrichtung einer unabhängigen
595 Beschwerdestelle als Ergänzung zur wertvollen Arbeit der Antidiskriminierungsbeauftragten
596 der Bildungsverwaltung sind notwendig. Wir kämpfen weiter: für rassismuskritische Schulen,
597 Schulen mit Courage und Schulen in Vielfalt!

598 Genau hinschauen, um Schule für unsere Kinder zu gestalten

599 Um Schule gestalten zu können, ist es wichtig zu wissen, wie es um unsere Schulen bestellt
600 ist. Das geht nur mit guter Forschung und der Erhebung von Daten über unsere Schulen. Mit
601 der Einführung der Lernmittelbefreiung für alle wird uns ein wichtiger Indikator verloren
602 gehen, mit dessen Hilfe es möglich ist, die soziale Mischung von Schulen und Klassen
603 nachzuvollziehen. Wir wollen dieses Defizit künftig durch andere Indikatoren, zum Beispiel
604 den Berlinpass, ersetzen und gleichzeitig weiter in die Forschung zu unseren Schulen
605 investieren.

606 Die Kinder und Jugendlichen, die heute auf die Schulen gehen, haben ihr Leben vor sich. Wir
607 möchten allen jungen Menschen Wege in ein gutes Leben in dieser Gesellschaft ermöglichen.
608 Jedes Kind hat das Recht auf gute Bildung und es ist unsere Verantwortung dafür zu sorgen,
609 dass Kinder genau das bekommen.

L-02 Grün statt Grau - Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 02.11.2018

Tagesordnungspunkt: TOP 4 Leitantrag zum Thema Ökologische Stadtentwicklung

1 Grün statt Grau

2 Für ein Berlin, das aufblüht und immer grüner wird

3 Berlin wächst und wird immer dichter. Das bedeutet mehr Beton und weniger Platz. Denn alle
4 Menschen wollen wohnen, arbeiten und sich fortbewegen. Damit sie dies möglichst gesund und
5 entspannt tun können, brauchen wir aber nicht nur mehr Gebäude, Straßen und Schienen,
6 sondern vor allem auch gute Luft, sauberes Wasser und Räume zur Erholung.

7 In den letzten Jahren wurden hierfür prägende Entscheidungen getroffen. Es war richtig, auf
8 dem Gelände des Gleisdreiecks keine Autobahn, sondern einen Park zu bauen. Es war wichtig,
9 den Mauerpark und das Tempelhofer Feld zu retten. Deshalb wehren wir uns dagegen, die Uhr
10 zurückzudrehen und gute Entscheidungen aufzuheben. Alleine in den derzeit geplanten 14 neuen
11 Stadtquartieren können ca. 40.000 neue Wohnungen entstehen. Die Nachverdichtung in den
12 bestehenden Quartieren, sei es durch Aufstockung auf Wohnhäusern, Dachgeschossausbau und
13 Wohnungsbau über Supermärkten oder Fachmärkten, bieten jetzt schon ein Potential für
14 vermutlich sogar weit über 100.000 neue Wohnungen. Für Bündnis 90/Die Grünen ist es zentral,
15 dieses Potential jetzt zu nutzen, bestmöglich zu gestalten und grün darin mit wachsen zu
16 lassen. Wir wollen, dass, was wir jetzt bauen bestmöglich und so grün wie möglich gestalten.
17 Das Tempelhofer Feld, die Elisabeth-Aue oder Kleingärten sind für uns keine Bauflächen.

18 Wir wollen die Berliner Bäume in zwanzig Jahren nicht an einer Hand abzählen müssen. Grün
19 soll man nicht suchen müssen wie die Nadel auf dem grauen Asphaltteppich. Und die Stadt darf
20 nicht zur heißen Betonwüste werden, in der man im Sommer nicht mehr vor die Tür gehen kann.
21 Wir wollen ein Berlin, das grünt und bis 2050 klimaneutral ist. In dem Vögel zwitschern und
22 Bienen summen, Grünflächen für alle da sind, Flüsse zum Baden einladen und Bäume Schatten
23 spenden.

24 Die wachsende Stadt darf nicht nur vergrößert, sie muss gestaltet werden. Die
25 stadtentwicklungspolitischen Entscheidungen, die wir heute treffen, werden Berlin lange
26 prägen. Was jetzt gebaut wird, bestimmt auch noch in 100 Jahren das Gesicht unserer Stadt.
27 Deshalb ist für Bündnis 90/Die Grünen klar: Berlin muss nachhaltig wachsen – sozial und
28 ökologisch.

29 Das ist nicht nur grüne Vision, sondern vor allem eine Frage der Gerechtigkeit. Denn nur
30 eine grüne Stadt ist eine gerechte Stadt. Niemand sollte so wohnen müssen, dass er bei
31 geöffneten Fenstern durch Abgase vergiftet oder durch Lärm krank wird. Und die nächste
32 Grünfläche sollte – unabhängig vom Geldbeutel – keinen Tagesausflug entfernt sein, sondern
33 nur einen Fußmarsch. Wohnungen müssen nicht nur günstig sein, sie müssen auch in einem
34 gesunden Umfeld liegen. Das Recht auf Wohnraum, darf nicht gegen das Recht auf Gesundheit
35 ausgespielt werden. Beides muss Hand in Hand gehen. Dafür sorgen wir.

36 Zudem braucht auch die wachsende Stadt Räume, in denen sich ihre Bewohnerinnen und Bewohner
37 begegnen können. Niemand lebt nur in den eigenen vier Wänden. Deshalb ist für uns zentral,
38 dass öffentliche Flächen so genutzt werden, dass sie frei zugänglich sind und möglichst
39 viele Bürger*innen davon profitieren. Das ist nicht nur gut für das Klima, sondern

40 angesichts immer beengter Wohnverhältnisse auch zentral für den sozialen Zusammenhalt der
41 Stadt – und im besten Falle sogar essbar.

42 Eine ökologisch und grün entwickelte Stadt kann außerdem die Folgen des Klimawandels und
43 extreme Wetterereignisse lindern. Wie wichtig das auch in Berlin ist, zeigen uns Hitzewellen
44 und Regengüsse, denen unsere Infrastruktur zurzeit nicht gewachsen ist. Wenn wir die Stadt
45 heute nicht kühlen, gehen wir morgen in der extremen Hitze ein. Kühlende Grünflächen,
46 Schatten spendende Bäume und erfrischende Wasserbrunnen sind deshalb nicht nur angenehm,
47 sondern lebensnotwendig in der sich erhitzenden Stadt. Wenn wir die Stadt heute nicht
48 entsiegeln, werden wir auch in Berlin durch überschwemmte Straßen und Keller die Gefahren
49 von Hochwasser kennenlernen.

50 Es geht nicht nur darum, zügig günstige, soziale und ökologische Wohnungen für die nächsten
51 Jahre zu bauen. Wir müssen die Stadt so gestalten, dass alle Menschen hier dauerhaft gut
52 leben können und auch wir in Berlin unseren Beitrag gegen den zunehmenden Klimawandel
53 leisten. Dafür darf das Wirtschaftliche nicht gegen das Soziale ausgespielt werden. Und
54 beides nicht gegen das Ökologische. Dies zu gewährleisten ist uns Grünen Herzensanliegen und
55 Aufgabe zugleich.

56 Grün denken – von Anfang an

57 Berlin braucht mehr Wohnungen, Schulen, Büro- und Gewerbeflächen, Rad- und Fußwege, ja sogar
58 mehr Straßen und Brücken – das ist allen klar. Aber nur wir Grüne achten auch darauf, dass
59 unsere Stadt gleichzeitig mehr Nah- und Erholungsgebiete, mehr Bäume und Stadtgrün bekommt.
60 Für uns ist das kein Entweder-Oder, sondern gehört in unserer Stadtentwicklungspolitik
61 zusammen. Ist Beton erst einmal getrocknet, hält er lange und steht sehr fest. Deshalb
62 denken wir bei jedem Bau-Planungsvorhaben Grün und Naherholung nicht nur von Anfang an mit,
63 sondern erwarten, dass es auch direkt umgesetzt wird. Nur so schaffen wir es, dass Berlin
64 nicht grau wird, sondern immer weiter grün aufblüht. Dabei spielt der Biotopflächenfaktor
65 (BFF) eine große Rolle, denn dabei geht es eben nicht nur darum einen Baum irgendwo zu
66 pflanzen, sondern gezielt die Biotope und Grünflächen der Stadt qualitativ weiter zu
67 entwickeln. Wir wollen, dass dieser verpflichtend eingesetzt wird, um ökologisch hochwertige
68 Flächen zu stärken.

69 Entscheidend dafür ist, dass die Bezirke in die Lage versetzt werden, das
70 Grünflächeninformations- und -managementsystem (GRIS) besser zu nutzen und mit Informationen
71 zu befüllen. Denn mithilfe dieser grafischen Darstellung öffentlicher Grün- und
72 Erholungsanlagen einschließlich Kinderspielplätzen sowie Straßen- und Anlagenbäumen kann
73 jeder Kiez in seiner Einzigartigkeit geschützt und weiterentwickelt werden. Weitere
74 Bausteine dabei sind die digital-graphischen Darstellungen der Wohnbau- und der
75 Gewerbeflächen, das Wohnbauflächeninformationssystem (WoFIS) und das
76 Gewerbeflächeninformationssystem (GeFIS). Diese müssen miteinander und zukünftig
77 insbesondere mit GRIS abgeglichen werden. Nur so können Flächenkonkurrenzen erkannt und
78 gelöst werden.

79 Der dann mögliche Gesamtblick auf die Stadt – auch auf die Flächenkonkurrenz von Grünflächen
80 zu nötigem Wohnungsbau, Gewerbeflächen, Flächen für Schulen und Kitas – soll die Grundlage
81 für Debatten darüber sein, wie alle Kieze lebenswert bleiben bzw. werden. Diese Debatten
82 wollen wir selbstverständlich gemeinsam mit den Berliner*innen führen. Dafür werden wir die
83 so genannte BEP (Bezirksentwicklungsplanung) - bezirkliche, integrierte Konzepte mit
84 Beteiligungsverfahren – wieder aktivieren.

85 Das bedeutet konkret:

- 86 • Bei jedem Bauvorhaben und jeder Infrastrukturmaßnahme muss der Grundsatz der
87 Gleichzeitigkeit gelten. Das Soziale und das Ökologische müssen von Beginn an
88 mitgedacht werden.
- 89 • Das GRIS muss zu einer zentralen digitalen Datenbank weiterentwickelt werden. Damit
90 auch das Stadtgrün einsehbar wird.
- 91 • Das BEP soll als lokale Planung wieder aktiviert werden.

92 Grüne Potenziale nutzen

93 Wir wollen nicht nur vorhandenes Grün schützen, sondern vor allem auch neues Grün wachsen
94 lassen. Wo notgedrungen Grün weichen muss, bestehen wir auf Ausgleich. Und zwar nicht in
95 Brandenburg, sondern vor Ort. Möglichkeiten gibt es genug: Dachgärten, Entsiegelung, die
96 Begrünung von Fassaden und Hinterhöfen gehören woanders ganz selbstverständlich zum
97 Stadtbild. Das wollen wir auch für Berlin – und zwar nicht nur in ausgewählten Ecken,
98 sondern flächendeckend.

99 Das grüne Potenzial unserer Stadt muss genutzt werden. Straßen, Hinterhöfe, Wirtschaftswege,
100 Bahntrassen oder Kanalufer: Unser Ziel ist eine gesamtstädtische Grünverbindung à la New
101 York: „grün-blaue Bänder“, begehbare Uferwege, Begegnungszonen, Biotopverbundräume und
102 andere grüne Infrastrukturen wollen wir ausbauen. Gärten, Sportplätze und Parks von sozialen
103 Einrichtungen wie Schulen sollen für alle zugänglich sein. Wohnungen sollen auch auf
104 Supermärkten, Parkplätzen und Parkhäusern gebaut werden.

105 Gerade bei der Umgestaltung des Berliner Straßennetzes bieten sich große Potenziale. Straßen
106 sind nicht nur für Autos da. Wir werden das Straßenland fair verteilen, begrünen und die
107 Aufenthaltsqualität mit Begegnungszonen und Verkehrsberuhigung steigern. Wir wollen in der
108 ganzen Stadt Flächen ankaufen, um neues Stadtgrün zu schaffen. Dafür schaffen wir den
109 Berliner Bodenfonds, mit dem wir Grundstücke, unter anderem auch für mehr Stadtgrün,
110 ankaufen werden.

111 Wir machen zudem ernst mit dem Ökokonto, wodurch das Land Berlin schon Stadtgrün und
112 Biotopflächen entwickeln kann und diese erst im Nachhinein durch die verschiedensten
113 Bauherr*innen refinanziert werden. So beschleunigen wir diesen Prozess enorm. Der Ausbaus
114 der Malchower Auelandschaft ist hier das beste Beispiel. Durch dieses
115 Ausgleichsmanagementsystem werden wir vorzeitige Begrünungen und Schaffungen von größeren
116 grünen Einheiten ermöglichen. Für Bündnis 90/Die Grünen Berlin bleibt dabei aber zentral,
117 dass Ausgleichsflächen immer Vorrang vor Strafbzahlungen haben. Und sie müssen vor Ort
118 geschaffen werden, statt irgendwo in Brandenburg. Denn die Berliner*innen können zum
119 Durchatmen nicht jedes Mal die Stadt verlassen. Dem Konzept der besseren Qualifizierung von
120 Ausgleichsflächen stehen wir verhandlungsbereit gegenüber. Dazu gehört auch, dass Flächen
121 entsiegelt und Versickerungs- und Verdunstungsflächen ausgebaut werden, damit uns auch bei
122 starken Regenfällen das Wasser nicht bis zum Hals steht.

123 Mit der Charta Stadtgrün hat die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz eine
124 Debatte über ein grünes Berlin eingeleitet. Wir werden so gemeinsam mit der ganzen Stadt
125 eine Strategie zum Schutz und Ausbau unserer Grünflächen, Oasen und der grünen Infrastruktur
126 entwickeln. Durch die Beteiligung der Berliner*innen ist dies auch für die Bezirke ein
127 entscheidender Prozess. Die Vielzahl vorhandener Konzepte für das Grün
128 (Kleingartenentwicklungsplan, Friedhofsplanung, Strategie Stadtlandschaft,
129 Landschaftsprogramm, Strategie biologische Vielfalt) ist eine gute Grundlage. Entscheidend

130 ist nun, dass über die Charta die vielen guten Planwerke und Strategien mit Leben gefüllt
131 werden und durch konkreten Maßnahmen das Stadtgrün über die nächsten Dekaden gesichert wird.

132 Das bedeutet konkret:

133 • Wo Berlin wächst, muss auch das Stadtgrün mitwachsen. Dafür vorhandene Potentiale an
134 Straßen, Fassaden, Dächern, Hinterhöfen, Schulen, Ufern oder durch Entsiegelung müssen
135 konsequent genutzt werden.

136 • Wir werden ein Ökokonto und Ausgleichsmanagementsystem einführen.

137 • Mit der Charta Stadtgrün erarbeiten wir zusammen mit den Berliner*innen, wo und wie
138 wir das Stadtgrün schützen und ausbauen können.

139 Grün bauen – für Mensch und Tier

140 Die Häuser und Quartiere, die wir heute planen und bauen prägen unser Stadtbild und unsere
141 Lebensqualität für die nächsten Jahrzehnte. Deshalb müssen sie ökologisch und nachhaltig
142 angelegt werden. Dazu gehört, dass sie gut durchlüftet sind und ausreichend, aber nicht zu
143 viel, Schatten spenden. Leitkonzepte zur Regenwasserbewirtschaftung und Hitzeanpassung
144 machen größere Wohnungsbauvorhaben klimafest. Nist- und Brutplätze, Lebensstätten für
145 Fledermäuse und Gebäudebrüter sowie Lichtquellen, die Insekten keinen Schaden zufügen,
146 schützen die Biodiversität in unseren Quartieren. Das ist wichtig, denn erst mit der
147 Biodiversität wird die Berliner Mischung perfekt. Quartiere, die wir jetzt planen, müssen
148 gut mit Rad, Bus und Bahn erreichbar sein und Komfort für Fußgänger*innen bieten.

149 Wir werden Berlin an den Klimawandel anpassen. Daher setzen wir beim Bau neuer Gebäude
150 vermehrt auf Holzbau, Lehm, Naturstein und Recyclingbeton und wollen, wo es möglich ist,
151 auch höher bauen. Das spart CO₂ und verbessert oft sogar das Raumklima. Gerade bei
152 landeseigenen Gebäuden und Infrastrukturmaßnahmen müssen ökologische Standards bindend und
153 zwingend umgesetzt werden. Um ökologisches und energetisch nachhaltiges Bauen zu fördern,
154 werden wir die breiten Erkenntnisse zu dieser Bauweise in einem Informationszentrum
155 öffentlich zugänglich machen.

156 Diese Konzepte sind weder revolutionär noch völlig neu, sondern wesentliche Bestandteile
157 einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung. Wir wollen sie aufgreifen und umsetzen. Indem
158 wir sie in den Abläufen von Bauplänen und Baugenehmigungen verankern und durch das
159 Informationszentrum lebendig machen.

160 Und wir setzen uns dafür ein, dass es in Quartieren genügend Grün und Grünflächen für alle
161 menschlichen und tierischen Bedürfnisse gibt. Parks und Grünflächen steigern nicht nur die
162 Lebensqualität, sondern sind auch wichtige Kälte- und Frischluftpuffer. Neben Dachgärten,
163 Fassaden- und Dachbegrünungen, müssen deshalb ausreichend öffentliche Spielplätze und Parks
164 eingeplant werden. Dabei gilt für uns der Richtwert von 6 m²/Einwohner*in, für größere
165 siedlungsnaher Parkanlagen von 7 m²/Einwohner*in. Wir wollen, dass künftig in jedem neuen
166 Stadtquartier auch neue Parks entstehen und auf jedem neu gebautem Haus ein Stadtgarten oder
167 eine Dachbegrünung. Denn Gründächer erfüllen viele Funktionen, eine davon ist die
168 einträgliche Kombination von Grün und Solar. Für uns muss es bei der Schaffung von Parks
169 nicht immer gleich ein zweiter Tiergarten sein, auch Pocketparks entspannen die gestresste
170 Großstadtseele und schaffen Raum zur Begegnung.

171 Die neuen Stadtquartiere müssen mehr Bedürfnisse und Anforderungen erfüllen als bisher.
172 Vernetzte Mobilität, kleinteiliges, wohnortnahes Gewerbe, klimagerechte Energieversorgung,
173 günstiges Wohnen und genug Grün - wenn wir das Eine gegen das Andere ausspielen, setzen wir

174 die Zukunft Berlins aufs Spiel. Deshalb nehmen wir die Herausforderung an, allem gerecht zu
175 werden. Dafür braucht es einerseits eine enorme Kreativität und andererseits eine gut
176 durchdachte Planung. Die ideale Plattform dafür ist die internationale Bauausstellung (IBA),
177 die wir nach Berlin holen wollen, um hier die Stadt des 21. Jahrhunderts zu planen und zu
178 bauen. So wollen wir eine nationale und internationale Diskussion für eine ökologische,
179 soziale und demokratische Stadtstruktur der Zukunft ermöglichen.

180 Das bedeutet konkret:

- 181 • Neue Quartiere müssen hohen ökologischen und energetischen Standards genügen, Platz
182 für Mensch und Tier bieten und mit ökologischem Baumaterial erbaut werden.
- 183 • Regenwasserbewirtschaftung, Biodiversität, Lichtquellenauswahl und Luftschneisen
184 müssen bei der Planung neuer Quartiere eine zentrale Rolle spielen.
- 185 • Wir werden in einem Informationszentrum Wissen über ökologische Bauweisen bündeln und
186 einfach zugänglich machen.
- 187 • Alle neuen Quartiere müssen mit ausreichend Stadtgrün, Parks und Grünflächen
188 ausgestattet werden.
- 189 • Von Beginn an muss die Verkehrsanbindung durch ÖPNV, gute Rad und Fußwege mitgeplant
190 und autofreie Kieze geschaffen werden.

191 Grün pflegen, ausbauen und verbessern

192 Natürlich stehen auch Pflege und Ausbau des vorhandenen Grüns weit oben auf unserer Liste.
193 Parks, Grünanlagen und Kleingärten sind oft der soziale und kulturelle Mittelpunkt der
194 Berliner Kieze. Gerade für einkommensschwache und arme Menschen, die weder einen Garten noch
195 einen Balkon besitzen, sind solche Plätze wichtig. Deshalb hat für uns Grün, das alle auf
196 kurzem Weg nutzen können, klaren Vorrang.

197 Wir vernachlässigen aber auch den Natur- und Tierschutz nicht. Mit über 20.000 verschiedenen
198 Tier- und Pflanzenarten ist der Ballungsraum Berlin schon heute eine der artenreichsten
199 Regionen Deutschlands. Das wollen wir erhalten und wenn möglich ausbauen. Etwa indem wir
200 Berlin zur bestäuberfreundlichen Stadt umbauen und damit nicht nur Honigbienen, sondern auch
201 Wildbienen und andere Insekten Unterschlupf bieten. Dazu gehört, dass der Einsatz von
202 gesundheitsgefährdenden Pestiziden in der Stadt flächendeckend unterbunden wird.

203 Für uns ist entscheidend, dass diese Sauberkeit im öffentlichen Raum weiter verbessert, die
204 naturnahe Pflege und Hege der Parks aber nicht vernachlässigt werden. Eine kompakte Stadt
205 braucht schöne und robuste Grünflächen ebenso wie gepflegte historische Gärten. Für uns ist
206 zentral, dass die Menschen vor Ort bei der Gestaltung, Pflege und Entwicklung der Parks
207 mitsprechen können. Ebenso ist wichtig, dass die Straßen- und Grünflächenämter in den
208 Bezirken wie auch die zuständigen städtischen Institutionen finanziell und personell besser
209 ausgestattet werden. Denn das Modellprojekt zur Reinigung der Parks hat gezeigt: Gute
210 Qualität gibt es nicht umsonst. Durch den deutlich erhöhten Einsatz von Geld und Personal
211 können schnell sichtbare Erfolge erzielt werden. Für größere Parkanlagen fordern wir die
212 Einführung von Park-Rangern, die sich vergleichbar zu einem Hausmeister um Parks oder
213 Seenwälder kümmern, diese kennen und weiterentwickeln. Für Naturschutzgebiete setzen wir
214 hier parallel auf Natur-Ranger. Im direkten Kontakt mit den Besucher*innen und Nutzer*innen
215 werden sie wertvolle Vermittlungsarbeit leisten können. Auch die Einführung von Parkräten,
216 wie nun im Görlitzer Park geschehen, begrüßen wir. Wir wollen dabei eine gute Zusammenarbeit
217 zwischen Land, Bezirken und anderen Institutionen. Für Bündnis 90/Die Grünen Berlin ist

218 klar: Wir müssen die Pflege unseres Berliner Grüns weiter ausbauen und dafür mehr
219 investieren. Im Mittelpunkt steht das Ziel, die Grünflächen und Parks sauber zu halten,
220 artenreich und standortgetreu zu bepflanzen und dauerhaft in gutem Zustand zu erhalten.

221 Wir wollen dabei auch dem Ziel der „essbaren Stadt“ näherkommen und Urban Gardening
222 vorbringen. An vielen Orten schlummern mögliche Obstwiesen und Gemüsebeete. Indem wir
223 Obstbäume pflanzen – wenn möglich regionale Obstsorten – und neben Ziersträuchern und
224 Stauden ebenso selbstverständlich Kürbisse, Zucchini oder Tomaten anbauen, machen wir die
225 Stadt zum Garten für alle. Wir wollen Schulgärten und Gartenarbeitsschulen weiter ausbauen
226 und wenn möglich für die Gesellschaft öffnen. Damit Natur ein fester Bestandteil im Leben
227 aller Berlinerinnen und Berliner ist, auch schon der ganz kleinen. Wir setzen uns dafür ein,
228 dass die Uferwege, sei es an der Spree oder den Kanälen, frei zugänglich und für alle
229 nutzbar sind. Und wir werden die Weichen dafür stellen, dass ein Baden in der Spree auch in
230 Mitte möglich wird. Die Schaffung des Flussbades bleibt für uns ein klares Ziel für eine
231 lebenswerte Stadt.

232 In städtischen Hitzeinseln wollen wir „Grüne Oasen“ und „Pocket Parks“ mit Bäumen schaffen.
233 Wir wollen verstärkt mit begrüneten Parklets in den Straßen experimentieren. Dazu werden wir
234 die Bezirke, die landeseigene Grün Berlin GmbH und weitere landeseigene Betriebe,
235 Wohnungsbaugesellschaften und private Akteur*innen mit einbeziehen. Ziel ist, die
236 Stadtbaumpkampagne auszuweiten und deutlich mehr zu pflanzen als Bäume gefällt werden müssen.
237 Ob es hierfür eine landeseigene Baumagentur braucht oder die Grün Berlin GmbH diese Aufgabe
238 übernehmen kann, muss die zuständige Senatsverwaltung prüfen und dafür sorgen, dass die
239 zuständige Stelle finanziell und personell entsprechend ausgestattet wird.

240 Die Einrichtung einer landeseigenen Baumschule könnte bei der Vorhaltung von seltenen
241 Baumarten oder zur Deckung drängender Bedarfe gute Dienste leisten. Das Stadtgrün muss an
242 den Klimawandel angepasst werden. Dafür wollen wir eng mit den Hochschulen zusammenarbeiten
243 und den Ausbau von Gartenarbeitsschulen auf Bezirks- oder Landesebene fördern. Der
244 Hitzesommer hat gezeigt, dass eine notwendige Bewässerung insbesondere jüngerer Straßenbäume
245 eine Mammutaufgabe ist, die in den bisherigen Strukturen kaum geleistet werden kann. Daher
246 müssen wir Vorsorge z.B. durch Regenwassermanagement treffen und brauchen ein
247 leistungsfähiges Modell wie Parks und Straßenbäume in den Trockenperioden genug gewässert
248 werden. Es muss daher geklärt werden, wie eine solcher Sommerdienst organisiert werden kann.

249 Das bedeutet konkret:

- 250 • Wir werden die Parks, Grünanlagen und das weitere Stadtgrün so weiterentwickeln, dass
251 genügend Rückzugsgebiete für Tiere vorhanden sind.
- 252 • Wir bauen Berlin um zur bestäuberfreundlichen Stadt.
- 253 • Wir werden für die Pflege und Reinigung der Parks mehr investieren und besser
254 ausstatten.
- 255 • Wir fordern die Einführung von ParkRangern und Parkräten.
- 256 • Unser Ziel ist, Berlin zur „essbaren Stadt“ weiterzuentwickeln und das Urban Gardening
257 zu fördern.
- 258 • Uferbereiche müssen frei und allgemein zugänglich sein.
- 259 • Wir setzen uns für die Einrichtung einer landesweiten Baumschule ein und werden die
260 Schaffung einer landeseigenen Baumagentur prüfen.
- 261 • Wir werden einen Sommerdienst für das Stadtgrün einführen, um die zunehmenden extremen
262 Klimafolgen abzufangen.

263 Grün schützen

264 Bäume leisten uns täglich Dienste, die unersetzbar sind. Sie bieten zahlreichen Tieren und
265 vor allem Insekten Lebensraum, säubern die Luft von Staub und Schadstoffen, spenden Schatten
266 und kühlen durch Verdunstung. Ihr Schutz ist für Bündnis 90/Die Grünen deshalb zentral und
267 bitter nötig. Denn sei es der Orkan Xavier im Herbst 2017 oder die Jahrhunderthitze 2018,
268 unsere Bäume leiden stark unter den extremen Wetterbedingungen. Auch die fortschreitende
269 Versiegelung, der Einsatz von Streusalz, Hundeurin oder Verletzungen der Rinde fügen dem
270 Baumbestand einen großen Schaden zu. Wir kämpfen um den Baumbestand, denn gerade ältere
271 Bäume bringen einen viel größeren ökologischen Nutzen als neue. Deshalb haben wir im
272 Doppelhaushalt 2018/2019 die Mittel für Neuanpflanzungen von Bäumen und deren Pflege bereits
273 um 8 Millionen Euro erhöht und werden diese auch in Zukunft weiter anheben,. Die von der
274 Stadt bezahlte Anwuchspflege werden wir im Rahmen der Stadtbaumkampagne von drei auf zehn
275 Jahre erhöhen und eine Baumleitplanung erheben. Baumfällungen müssen wo möglich vermieden
276 werden. Das heißt auch, dass im Zweifel eher ein Parkplatz als ein Baum für einen Radweg
277 weichen muss. Denn saubere Luft ist ein Gemeingut, das bevorzugt geschützt werden muss.
278 Sollten Baumfällungen nicht zu vermeiden sein, müssen Ausgleichspflanzungen in der Stadt
279 vorgenommen werden. Bei jeder Fällung muss die Bevölkerung offen und transparent aufgeklärt
280 werden.

281 Auch Kleingärten sind in der wachsenden Stadt unverzichtbar, als ökologische und soziale
282 Oasen und wichtige Biotopverbindungen. Wir wollen sie erhalten und schützen. Deshalb fordern
283 wir für Kleingärten auf landeseigenen Flächen einen Schutz bis mindestens 2030 und eine
284 langfristige Strategie, wie auch sie vor einer zu leichtfertigen Inanspruchnahme bewahrt
285 werden können. Pauschalen Forderungen, die Kleingärten zugunsten des Wohnungsbaus zu
286 schleifen erteilen wir eine klare Absage. Nur im Ausnahmefall, etwa für die soziale
287 Infrastruktur oder eine verkehrliche Erschließung sollten Kleingärten, in dieser Phase der
288 wachsenden Stadt, weichen müssen. Denn Kleingärten sind nicht nur schön für ihre
289 Pächter*innen, sie haben einen großen Nutzen für die ganze Stadt. Sie bilden Luftschneisen
290 und wichtige klimatische Räume, stellen oftmals wichtige Biotopverbindungen dar und sind ein
291 Hort der Artenvielfalt. Damit aber auch die Stadt von ihren ökologischen und sozialen

292 Dienstleistungen profitiert, erwarten wir, dass sich die Kleingartenanlagen noch mehr als
293 bisher für die Stadtgesellschaft öffnen und neue Formen gemeinschaftlichen Gärtnerns aktiv
294 unterstützen. Um mehr Menschen in den Genuss von Kleingärten kommen zu lassen, befürworten
295 wir auch eine Parzellenteilung von großen Gärten.

296 Die über 29.000 Hektar Berliner Stadtwälder wollen wir schützen und die oft noch reinen
297 Kiefernwälder in Laubmischwälder renaturieren. Auch diese Wälder sind ein Schatz für die
298 Berliner Luft und für die Naherholung. Wir werden jedoch darauf achten, dass vor allem die
299 Randgebiete zur Naherholung genutzt werden und innere Waldgebiete als Rückzugsort für Tiere
300 und Pflanzen dienen können. Sei es im Grunewald oder im Tegeler Forst, Natur hautnah zu
301 erleben ist nicht nur wunderschön, sondern gerade für Stadtkinder ein wichtiger Zugang zum
302 Verständnis der Welt – abgesehen von der „ökologischen Dienstleistung“ für unser Stadtklima
303 und einer intakten Flora und Fauna in Berlin.

304 Das bedeutet konkret:

- 305 • Wir werden den Baumbestand Berlins schützen, die Anwuschspflege für Bäume von drei auf
306 zehn Jahre verlängern und offen und transparent über nicht zu vermeidende Fällungen
307 informieren.
- 308 • Wir werden Kleingärten erhalten und schützen und ihnen eine rechtliche Sicherheit
309 geben.
- 310 • Wir werden die Berliner Stadtwälder zu Laubmischwäldern renaturieren und sowohl für
311 Mensch erlebbar als auch für Flora und Fauna belebbar machen.

312 Heute entscheiden wir, ob Berlin auch morgen noch lebenswert ist – und zwar für Mensch, Tier
313 und Umwelt! Deshalb müssen wir Bauen und Pflanzen. Ohne Grün geht es nicht! Denn wir wollen
314 ein Berlin, das Grün ist, statt Grau.